

Erwartungen an die neue Bundesregierung

MWV: Raffinerie- und Chemiestandort Deutschland stärken

Berlin, 9.11.2017 – Eine neue Bundesregierung muss sich im Sinne von Wirtschaft und Verbrauchern für den Raffinerie- und Chemiestandort Deutschland einsetzen. Dazu zählen die Abwehr einer Abwanderungsgefahr und weiterhin bezahlbare Stromkosten. Auch müsse „grüner“ Wasserstoff aus Raffinerien künftig als Klimaschutzbeitrag angerechnet werden können, forderte MWV-Hauptgeschäftsführer Christian Küchen auf einer Veranstaltung des Forums für Zukunftsenergien am Dienstag in Berlin.

„Die künftige Koalition muss sich dafür stark machen, dass eine mögliche Verschärfung des EU-Emissionshandels nicht zu Nachteilen für die heimische Raffinerielandschaft führt“, sagte Küchen vor zahlreichen Experten aus der Energiewirtschaft. „Im schlimmsten Fall wandern Investitionen und Produktion in weniger stark regulierte Räume außerhalb der EU ab.“ Die Folge wären höhere CO₂-Emissionen, denn die deutschen Raffinerien zählen zu den besten der Welt. „Dieses Carbon Leakage genannte Phänomen schadet am Ende gleichermaßen dem Industriestandort Deutschland und dem Klima“, so Küchen zum Vortragsthema „Erwartungen des MWV an die Energie- und Klimapolitik der neuen Bundesregierung“. Die EU berät derzeit über eine Verteuerung des Handels mit Emissionszertifikaten ab 2020.

Deutsche Raffinerien bei Energieeffizienz führend

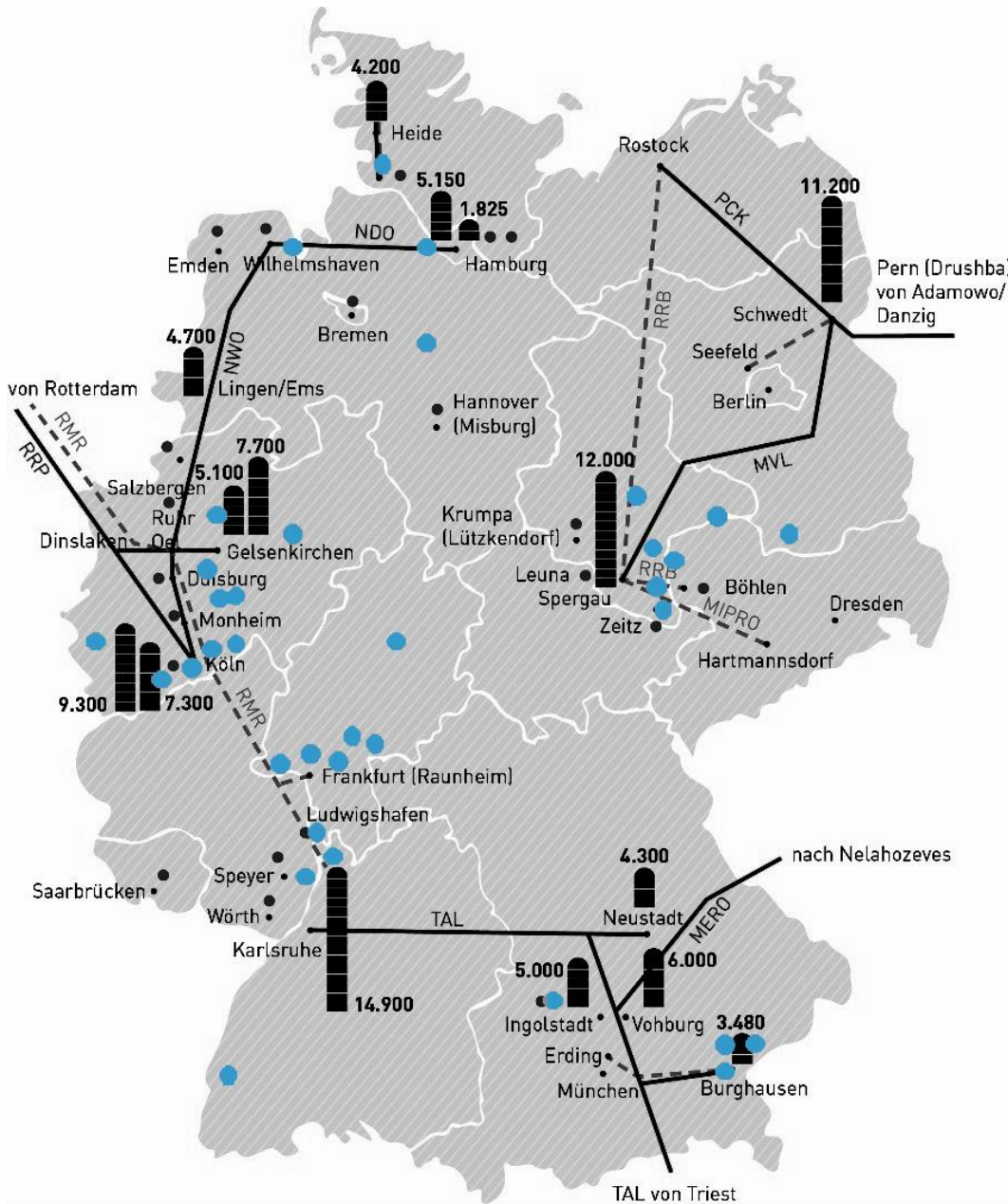
Deutsche Raffinerien haben bei der Energieeffizienz im internationalen Vergleich einen Vorsprung von 10 Jahren, führte Küchen aus. Fast 90 Prozent von ihnen organisieren sich in Energieeffizienz-Netzwerken mit dem Ziel, durch Informationsaustausch diese Spitzenposition beizubehalten und auszubauen. Weltweit einmalig ist der enge Verbund mit der Chemie. „Mineralölprodukte stellen mit 75 Prozent den überwiegenden Anteil der Rohstoffversorgung der organischen chemischen Industrie.“ Viele Chemieparcs sind in Nähe oder in direktem stofflichen Verbund mit Raffinerien. Diese bilden die Grundlage für rund 240.000 meist hochqualifizierte Arbeitsplätze.



Bei den hohen Stromkosten in Deutschland gilt für die energieintensiven Raffinerien die besondere Ausgleichsregelung. „Diese Entlastung muss vollumfänglich erhalten bleiben, soll der Raffineriestandort Deutschland auch künftig so wettbewerbsfähig bleiben wie derzeit“, forderte Küchen. Auch müsse es weiterhin möglich sein, dass auf den in der Raffinerie selbst erzeugten Strom keine EEG-Umlage anfällt.

Raffinerie der Zukunft kann klimaneutrale Kraftstoffe produzieren

Beim Erreichen der Klimaziele 2050 könnten die deutschen Raffinerien noch eine entscheidende Rolle spielen. „Mit Unterstützung der Politik können dort eines Tages klimaneutrale Kraft- und Brennstoffe sowie Rohstoffe für die Chemie zu bezahlbaren Kosten produziert werden.“ Der Weg dahin führe über ein schrittweises Ersetzen des Rohöls als Hauptrohstoff durch grünen Strom, grünen Wasserstoff und die Nutzung von CO₂ als Rohstoff. Küchen abschließend: „Damit kann die gesamte vorhandene Infrastruktur von den Pipelines über die Raffinerien bis zu den Tankstellen weiter genutzt werden. Deshalb lohnt es sich für die Politik schon heute, weiter den Raffineriestandort Deutschland zu unterstützen. Ein wichtiger, kurzfristig erforderlicher Schritt wäre es, die Treibhausgasminderung durch grünen Wasserstoff im Rahmen der aktuellen europäischen Erneuerbare-Energien-Richtlinie anzuerkennen.“

Raffinerie- und große Chemiestandorte in Deutschland



 Raffineriestandorte und -kapazitäten
 „Chemical Parks and Sites“ (VCI)